

GERTRAUD DIENDORFER/BLANKA BELLAK/
ANTON PELINKA/WERNER WINTERSTEINER (HRSG.)

Friedensforschung
Konfliktforschung
Demokratieforschung
Ein Handbuch

BSB

BÖHLAU STUDIEN BÜCHER
Grundlagen des Studiums

Herausgegeben in Kooperation mit dem *Conflict-Peace-Democracy Cluster* und den Cluster-Instituten *Demokratiezentrum Wien*, *Institut für Konfliktforschung*, *Österreichisches Studienzentrum für Frieden und Konfliktlösung* sowie dem *Zentrum für Friedensforschung und Friedenspädagogik* an der Alpen-Adria-Universität Klagenfurt.

The logo for the Conflict-Peace-Democracy Cluster (cpdc) features the lowercase letters 'cpdc' in a bold, sans-serif font. The letters are contained within a rectangular frame that is open at the top and bottom.

Konflikt
Frieden
Demokratie
Cluster

Demokratiezentrum **Wien**
www.demokratiezentrum.org

The logo for the Institut für Konfliktforschung (iKF) consists of the lowercase letters 'iKF' in a bold, sans-serif font. The 'i' is smaller and positioned to the left of the 'KF'.

Institut für **Konflikt** Forschung



ÖSTERREICHISCHES STUDIENZENTRUM FÜR
FRIEDEN UND KONFLIKTLÖSUNG – ÖSFK



Zentrum für
Friedensforschung
und Friedenspädagogik

Gertraud Diendorfer, Blanka Bellak,
Anton Pelinka, Werner Wintersteiner (Hg.)

Friedensforschung, Konfliktforschung, Demokratieforschung

Ein Handbuch



BÖHLAU VERLAG KÖLN WEIMAR WIEN 2016

Gedruckt mit freundlicher Unterstützung durch
die Kulturabteilung der Stadt Wien – MA 7



Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek:
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der
Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten
sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Umschlagabbildung: © Gertraud Diendorfer/Demokratiezentrum Wien

© 2016 by Böhlau Verlag GmbH & Co. KG, Wien Köln Weimar
Wiesingerstraße 1, A-1010 Wien, www.boehlau-verlag.com

Alle Rechte vorbehalten. Dieses Werk ist urheberrechtlich geschützt.
Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des
Urheberrechtsgesetzes ist unzulässig.

Korrektur: Dr. Stefan Galoppi
Herstellung und Satz: Bettina Waringer, Wien
Druck und Bindung: BALTO print, Vilnius
Gedruckt auf chlor- und säurefreiem Papier
Printed in Europe

ISBN 978-3-205-20203-5

Inhalt

Einleitung 9

Grundlagen

Konfliktforschung
Anton Pelinka 17

Friedensforschung, Grundlagen und Perspektiven
Wilfried Graf, Werner Wintersteiner 35

Demokratieforschung
Dieter Segert 87

Politische Bildung, Historische Entwicklung, aktuelle Trends,
Konzepte und Theorieansätze
Gertraud Diendorfer, Johanna Urban 124

Entwicklungen, Schwerpunkte und Methoden
der Friedenspädagogik
Susanne Reitmair-Juárez 180

Leitbegriffe

Denkschulen internationaler Politik
Thomas Roithner 217

Diskurs | Dispositiv
Karin Bischof 233

Fundamentalismus	
Matthias Kopp	240
Gender Geschlecht	
Helga Amesberger	246
Gesellschaft	
Karin Stögner	255
Gewalt	
Maximilian Lakitsch	264
Gewaltfreiheit	
Maximilian Lakitsch	270
Identität	
Wolfgang Göderle	275
Klasse Schicht Milieu	
Karin Liebhart	282
Macht Herrschaft (soziale) Kontrolle	
Maximilian Lakitsch	287
Menschenrechte	
Bernadette Knauder	293
Nation Nationalismus	
Maximilian Lakitsch	302
Peacebuilding	
Blanka Bellak	309
Populismus	
Anton Pelinka	316

Rassismus	
Matthias Kopp	324
Sicherheit	
Thomas Roithner	330
Vereinte Nationen Völkerrecht	
Thomas Roithner	340
Whiteness Dominanzkultur	
Helga Amesberger	350
Ziviler Ungehorsam	
Thomas Roithner	360
Zivilgesellschaft	
Blanka Bellak	369
Schlusskapitel	
Transdisziplinäre Forschung. Oder: Doing Transdisciplinarity	
Gert Dressel, Katharina Heimerl	377
Ohne kognitive Demokratie kein demokratisches Leben	387
AutorInnenverzeichnis	391

Einleitung

Wer heutzutage die aktuellen politischen Ereignisse verfolgt, könnte versucht sein, anzunehmen, dass jeder Tag einen neuen Konfliktherd bringt, sich wieder ein Staat aufzulösen droht und wir mit weiteren Eskalationsstufen von Gewalt konfrontiert werden. Diese Tendenz, für die sich unzählige Beispiele finden, verweist auf die ungebrochene Relevanz der Gesellschaftswissenschaften. Insbesondere die Konflikt-, Friedens- und Demokratieforschung stehen angesichts dieser Entwicklungen vor großen Herausforderungen und gemeinsamen Aufgaben. Nicht zuletzt gilt es, ein diesbezügliches Grundlagenwissen bereitzustellen, das Studierenden und einem interessierten Publikum eine Orientierung bietet, um aktuelle Tendenzen einzuordnen. Das eben ist das Anliegen dieses Handbuchs.

So viele Gründe es für ein derartiges Handbuch geben mag, den Anstoß gab im vorliegenden Fall die Gründung des Clusters zur Konflikt-, Friedens- und Demokratieforschung (CPDC: *Conflict, Peace and Democracy Cluster*), dem das *Demokratiezentrum Wien*, das *Institut für Konfliktforschung*, das *Österreichische Studienzentrum für Frieden und Konfliktlösung* sowie das *Zentrum für Friedensforschung und Friedenspädagogik* an der Alpen-Adria-Universität Klagenfurt angehören.¹ Mit dieser stabilen Arbeitsgemeinschaft dreier außeruniversitärer und eines universitären Instituts ist ein für Österreich noch ungewöhnlicher Schritt einer wissenschaftlichen Kooperation gegangen worden, der bereits in der ersten Phase vielversprechende Ergebnisse in Forschung, Lehre und praktischer Anwendung der Forschungsergebnisse zeitigte.² Der Clusterprozess bot auch den Rahmen für Diskussionen über Gemeinsamkeiten und Trennlinien der Kon-

1 Der ursprünglich an der Alpen-Adria-Universität Klagenfurt eingerichtete Cluster wurde nach erfolgreicher Evaluierung bis Ende 2015 von dieser weiter betrieben, fand aber keinen Eingang in den Entwicklungsplan 2016–2018. Ab 2016 ist die Universität Graz die universitäre Partnerorganisation der drei außeruniversitären Institute, das Klagenfurter Zentrum wird nach Maßgabe der Möglichkeiten mit dem Cluster kooperieren.

2 Siehe www.uni-klu.ac.at/frieden/inhalt/861.htm, www.ikf.ac.at/cpdc.htm, www.forschung.friedensburg.at/cluster bzw. www.demokratiezentrum.org/projekte/cpdc.html (17.7.2015)

flikt-, Friedens- und Demokratieforschung. Es handelt sich bei den genannten Feldern um Querschnittsmaterien, die von unterschiedlichen Disziplinen bearbeitet werden und von inter- wie transdisziplinären Zugängen gekennzeichnet sind. Gleichwohl gibt es keine Publikation, die einen Überblick über diese sich synergetisch befruchtenden wie überschneidenden Forschungsbereiche bietet.

Das vorliegende Referenzwerk beleuchtet die drei verschiedenen Felder Konflikt-, Friedens- und Demokratieforschung sowie ihre interdisziplinären Gemeinsamkeiten in Theorie, Konzept und Methodik. Wissenschaftliche MitarbeiterInnen der genannten Cluster-Einrichtungen, die in Forschung, Lehre und Vermittlung tätig sind, bilden größtenteils auch das AutorInnenteam.

Der Band setzt sich aus zwei Abschnitten zusammen: Im ersten Teil, den *Grundlagen*, werden zunächst die drei Forschungsbereiche getrennt in ihrer spezifischen Verfasstheit betrachtet, und es wird ihre historische Entwicklung mit den jeweiligen thematischen Ausformungen und Diskursen nachgezeichnet. Weiters werden die mit diesen Forschungsbereichen korrespondierenden pädagogischen Wissenschaften, *Politische Bildung* und *Friedenspädagogik*, erörtert. Der zweite Teil, die *Leitbegriffe*, bietet eine Annäherung an die gegenständlichen Forschungsfelder mit Hilfe theoriegeleiteter relevanter Schlüsselbegriffe – ein lexikalischer Zugang, der den Handbuchcharakter der Publikation unterstreicht.

Der erste Beitrag beschäftigt sich mit Konfliktforschung als einem zentralen gemeinsamen Nenner. *Anton Pelinka* definiert Konfliktforschung als grundsätzlich nicht auf eine Disziplin einzugrenzende Sozialforschung, da Konflikt ein substantieller Bestandteil jeder Gesellschaft und daher in allen seinen Erscheinungsformen zu beobachten ist. Diese Voraussetzung erschwert eine eindeutige definitorische Bestimmung. Konfliktforschung fokussiert auf bestimmte Schlüsselbegriffe, benötigt eine historisch-vergleichende Dimension und leistet die Erforschung der Konflikte entlang von *cleavages* wie Klasse, Ethnizität, Religion, Gender oder Generation. Aufgrund der Tatsache, dass Konflikt ein essentieller Bestandteil menschlicher Kommunikation und menschlichen Zusammenlebens ist, kann es auch niemals einen konfliktfreien Zustand geben, wie Anton Pelinka ausführt. Damit zeigt sich auch eine zentrale Schnittstelle zur Demokratieforschung, denn für die Demokratietheorie ist Konflikt ein immanenter Bestandteil jedes Gemeinwesens, der durch Interessensausgleich und Machtbalance immer wieder vorübergehenden Lösungen zugeführt werden

kann. Die Schnittstelle zur Friedensforschung benennt Pelinka in der Analyse der Konflikte in der internationalen Politik.

Im Beitrag zur Friedensforschung arbeiten *Wilfried Graf* und *Werner Wintersteiner* ebenfalls die enge Verwandtschaft der Friedens- und Konfliktforschung heraus, die darauf beruht, dass Friedensforschung in ihrer konzeptuellen Grundlage auch Konfliktforschung ist und sich (nicht nur, aber sehr wesentlich) auf sozialhistorische und politikwissenschaftliche Konfliktforschung bezieht. Ihre hauptsächlichen Forschungsthemen sind Gewalt und die destruktivste Form der Konfliktaustragung, der Krieg, sowie die konstruktivste Konflikttransformation, der Friede. Die Autoren benennen auch das Spannungsfeld zwischen der deskriptiven und der normativen Dimension der Friedensforschung oder, wie sie es formulieren, zwischen *Forschung über Frieden* und *Forschung für den Frieden*. Nach einem historischen Überblick über die Entstehung dieser „Inter-Disziplin“ werden die Gegenstände und Forschungsfelder benannt, gefolgt von den wichtigsten Strömungen in Anlehnung an die „vier Generationen“ der Friedensforschung nach Oliver Richmond. Darauf aufbauend schlagen die Autoren einen integrativen Ansatz als „fünfte Generation“ vor. Damit wird Friedensforschung als eine eigenständige „Disziplin“ mit einer „transdisziplinären, multiparadigmatischen und epistemologisch pluralistischen Betrachtungsweise“ charakterisiert.

Demokratie ist als ein prozessorientiertes offenes Konzept zu verstehen, das zum Ziel hat, einen für möglichst alle zufriedenstellenden Ordnungsrahmen im Zusammenleben zu entwickeln, und von daher ist, wie *Dieter Segert* meint, Demokratieforschung definatorisch zu fassen ein schwieriges Unterfangen. Er nähert sich über die Skizzierung der wichtigsten Hauptströmungen mit ihren unterschiedlichen theoretischen Perspektiven und Herangehensweisen. Dabei werden die politische Entgrenzung und wirtschaftlich bedingte soziale Ungleichheit als aktuelle Problemlagen benannt. Für Dieter Segert ergeben sich daraus für die Demokratieforschung zentrale und relevante Forschungsfelder: nämlich die Diskussion über die Ursachen der neu entstandenen Autoritarismen, die Qualität von Demokratie sowie die Erforschung der sozialen und kulturellen Kontextbedingungen von Demokratie unter den Bedingungen der Globalisierung. Damit ist es aber für die Demokratieforschung notwendig und unerlässlich, den Denkraum traditioneller Politikwissenschaft immer wieder zu überschreiten.

Ungelöste Probleme der Demokratieentwicklung hängen nicht nur mit dem Spannungsfeld zwischen Wirtschaft und Politik zusammen, sondern auch mit dem Aufstieg des Populismus in allen Demokratien Europas, der, wie Segert postuliert, auch möglich wurde durch die Kluft zwischen politisch aktiven und passiven BürgerInnen. Dieser Zusammenhang sowie die zunehmende Politikdistanz verweisen auf die unzureichend ausgebildete Grundeinstellung sowie das Fehlen von Kompetenzen, die in jeder demokratischen Gesellschaft notwendig sind. Doch ein Blick auf die Geschichte, insbesondere auf die österreichische, zeigt, dass Politische Bildung nur in einem unzureichenden Ausmaß vermittelt wurde.

Gertraud Diendorfer und *Johanna Urban* gehen in ihrem Beitrag auf diese Problematik ein. Sie geben zunächst einen Überblick über den Versuch, Politische Bildung in Österreich zu institutionalisieren. Instrumentalisierungsversuche, Angst vor Indoktrination durch die jeweils „anderen“ oder schlicht fehlender Wille kennzeichnen diesen Prozess. Nicht zuletzt aufgrund der vielen Herausforderungen in einer Einwanderungsgesellschaft – zu der sich fast alle europäischen Länder entwickelt haben – gewinnt die transnationale und globale Dimension von Politischer Bildung an Bedeutung. Die aktuellen Konzepte und Theorieansätze, die im Beitrag skizziert werden, weisen über den nationalstaatlichen Rahmen hinaus und verknüpfen formale und non-formale Bildungskonzepte auf Basis der demokratiepolitischen Anforderungen, die aus der Gesellschaft kommen. Die Autorinnen analysieren außerdem die Schnittflächen zu anderen politischen Pädagogiken wie Menschenrechtsbildung, Interkulturelle Bildung u.a.

Der Beitrag zur Friedenspädagogik von *Susanne Reitmair-Juárez* gibt einen Überblick über inhaltliche und methodische Entwicklungen der Friedenspädagogik, indem wichtige Begrifflichkeiten abgeklärt und das Verhältnis der Friedenspädagogik zur Friedensforschung dargestellt werden. Darüber hinaus werden wichtige Themen und (gesellschaftspolitische) Fragestellungen herausgearbeitet, welche die Friedenspädagogik in ihren verschiedenen Entwicklungsschritten beschäftigt und geprägt haben.

Der zweite Teil des CPDC-Handbuchs ist lexikonartig aufgebaut. Er gibt einen Überblick über einige zentrale Begriffe der Konflikt-, Friedens- und Demokratieforschung. Damit sollen einerseits die Grundsatzartikel des ersten, systematischen Teils vertieft werden, andererseits können auf diese Weise auch As-

pekte Berücksichtigung finden, die im ersten Teil nicht angesprochen werden. Es mag in der Natur der Sache liegen, dass man in einem derart interdisziplinären Feld mit drei Brennpunkten einen solchen Anspruch nie in hinreichendem Maße einlösen kann. Wir waren aber bestrebt, ein Mindestmaß an Leitbegriffen aufzunehmen, um einen Einblick in die Konflikt-, Friedens- und Demokratieforschung zu ermöglichen.

Die einzelnen Beiträge reflektieren die Mannigfaltigkeit der unterschiedlichen Aufgaben und Ziele der Institute des Konflikt-, Friedens- und Demokratie-Clusters. Sie stehen damit für ein bestimmtes, klar prononciertes Wissenschaftsverständnis: Es geht nicht nur um Grundlagenforschung, sondern ebenso um angewandte Forschung und deren Vermittlung – sowohl an die breite Öffentlichkeit als auch gezielt an EntscheidungsträgerInnen. Dies führt zu unterschiedlichen Typen der Darstellung. So sind einige der folgenden Beiträge eher theoretischer Natur, bei anderen steht die praktische Anwendung der Konzepte im Vordergrund. Die Einträge reflektieren einen ebenso vielfältigen Zugang zur Konflikt-, Friedens- und Demokratieforschung, wie er in der Realität der CPDC-Institute und deren Zielsetzungen vorzufinden ist. Sie mögen dazu anregen, Querverbindungen herzustellen und Leerstellen durch eigene Reflexionen zu füllen.

An das Ende des Buches ist ein Beitrag zum transdisziplinären Forschen von *Gert Dressel* und *Katharina Heimerl* gestellt, da Inter- und Transdisziplinarität gerade für die beschriebenen, an gesellschaftlichen Problemen orientierten Forschungsfelder charakteristisch sind. Transdisziplinarität ist auch ein wichtiges Stichwort des abschließenden Resümees, das nochmals herausarbeitet, wie notwendig es für eine funktionierende Demokratie ist, Wissen über Zusammenhänge und Hintergründe bereitzustellen: keine Demokratie ohne *kognitive Demokratie*.

Das Handbuch zur Friedens-, Konflikt- und Demokratieforschung möge Lehrenden, Studierenden und allen Interessierten die nötige Orientierung bieten sowie tiefergehende Analysen und Debatten anstoßen, die zu einer weiteren Vernetzung der benannten Forschungsbereiche führen.

Die HerausgeberInnen

Konfliktforschung

Anton Pelinka

Konfliktforschung ist Sozialforschung. Da in allen gesellschaftlichen Konfigurationen der Vergangenheit, der Gegenwart und der Zukunft Konflikte existieren, erstreckt sich das Tätigkeitsfeld der Konfliktforschung grundsätzlich auf die → Gesellschaft insgesamt. Konfliktforschung ist deshalb auch keine spezifische sozialwissenschaftliche Disziplin innerhalb des Kanons der Sozialwissenschaften. Sie ist vielmehr – freilich zumeist mehr implizit als explizit – Teil der Soziologie und der Politikwissenschaft, der Wirtschaftswissenschaften und der Sozialpsychologie, der Sozialgeschichte und der Kommunikations- wie auch der Erziehungswissenschaften. Deshalb läuft die (Selbst-)Bestimmung der Konfliktforschung immer Gefahr, unpräzise, weil ausufernd, zu sein. Es ist zwar möglich, aber es macht wenig Sinn, Konfliktforschung als die Summe aller sozialwissenschaftlichen Forschungen zu definieren – mit der Begründung, dass der Konflikt ein unvermeidliches, zentrales Element jeder Gesellschaft und jedes gesellschaftlichen Subsystems ist. Im Folgenden soll daher der Begriff in einem eingeschränkten Umfang beschrieben und erklärt werden – bezogen auf die Forschungsfelder, in denen das Phänomen des Konflikts traditionell ganz besonders im Zentrum steht.

Konflikt: Ein unveräußerlicher Bestandteil der Gesellschaft

Konflikte sind als das Aufeinanderprallen einander widersprechender Interessen und/oder Wertvorstellungen zu verstehen. Das Widersprüchliche macht den Konflikt aus. Und dieses Widersprüchliche bestimmt die gesellschaftliche Dynamik. Ohne den Konflikt zu verstehen, ist der gesellschaftliche Wandel nicht zu verstehen.

Die modernen Gesellschaftswissenschaften, die am Beginn der Neuzeit mit Namen wie Niccolo Machiavelli und Thomas Hobbes in Verbindung gebracht werden können, räumen dem Konflikt den zentralen Stellenwert überhaupt ein. Politik als die verbindliche Gestaltung gesellschaftlicher Verhältnisse ist die Folge von Gegensätzen, die sich sowohl als einander widersprechende Interessen als auch als gegenläufige Ideen manifestieren. Die politische Ordnung der Moder-

ne – der moderne Staat, das politische System – ist immer eine Ordnung, die vor allem Konflikte zu domestizieren, zu stabilisieren, zu zivilisieren hat. Max Weber unterstreicht, dass der Konflikt aus dem sozialen Leben nicht weggedacht werden kann (Weber 1964: 27).

Die der Konfliktforschung zugrunde liegende Idee ist nicht die, dass das Phänomen *Konflikt* einer finalen Lösung zugeführt werden könnte. Die konfliktfreie Gesellschaft existiert zwar in bestimmten utopischen Entwürfen, zu der etwa auch die in der marxistischen Gesellschaftsbetrachtung angelegte kommunistische Endgesellschaft als Überwindung des „Reiches der Notwendigkeit“ zugunsten eines „Reiches der Freiheit“ gezählt werden kann. Aber auch in der sozialutopischen Literatur – von Thomas Morus bis Aldous Huxley – steht die Minimierung, steht die Eindämmung der Konflikte, nicht aber deren generelle Aufhebung im Mittelpunkt.

Schlüsselbegriffe der Konfliktforschung

Dass es Konflikt gibt, ist zunächst die Folge von Knappheit – Knappheit vor allem, aber nicht nur materieller Ressourcen. Der Zugang zu Nahrung, zu Gesundheit, aber auch zu Bildung war und ist ungleich verteilt – innerhalb der einzelnen Gesellschaften (oder Staaten), erst recht aber in globalem Maßstab. Konflikt ist zuallererst immer ein Konflikt über die Verteilung knapper Ressourcen.

Konflikte können freilich auch aus dem Anspruch auf „Anerkennung“ entstehen, vor allem als eine bestimmte Gemeinschaft mit spezifischer →Identität (Taylor 2007). Kärntner SlowenInnen und Roma in Mittel- und Südosteuropa, TibeterInnen im von China kontrollierten Hochland des Himalaya und PalästinenserInnen im früheren britischen Mandatsgebiet Palästina, Sikhs im Punjab und indigene – sich als Völker oder →Nationen verstehende – Gruppen in Nord- wie auch Südamerika: Ihr Anspruch, als Gemeinschaft mit einer bestimmten Identität anerkannt zu werden und daraus bestimmte Rechte ableiten zu können, führt immer wieder zu Konflikten. Die den Konflikten zugrunde liegenden gegenläufigen Interessen bestehen zuletzt in der Wahrnehmung von Interessengegensätzen – und nicht in der objektiven Gegebenheit solcher Gegensätze.

Konflikte erfüllen bestimmte Funktionen. Lewis A. Coser unterscheidet vor allem „gruppenfestigende (...) [und] gruppenerhaltende Funktionen“. „Kon-

flikt vereinheitlicht“ (Coser 1972: 34, 43, 142). Konflikte befestigen Identitäten, weil Konflikte das *defining other* – den für die Identitätsfindung und Identitätsverfestigung wesentlichen Gegenpol – deutlicher hervortreten lassen. Der Konflikt zwischen den Nationalitäten in Österreich um 1900 bestärkte das Selbstverständnis der einzelnen, sich national verstehenden Gemeinschaften. Die *Muslim League* in Britisch Indien verstärkte – in ihrem Widerspruch zum säkularen Anspruch des *Indian National Congress* – den Zusammenhalt indischer MuslimInnen und legte so die Grundlage für die 1947 erfolgte Schaffung eines muslimischen Staates, Pakistan. Die Auseinandersetzung zwischen „weiß“ und „schwarz“ in den USA schuf eine spezifische afrikanisch-amerikanische Identität.

Konflikte haben in ihrer nach innen gerichteten, die *eigene* Gruppe betreffenden Wirkung vor allem – über die Stiftung und Verstärkung von Identitäten hinaus – einen homogenisierenden Effekt. Die Intensivierung von Konflikten mit einem „Gegner“ erschwert eine Opposition in den „eigenen“ Reihen. Inklusion (*wir*) und Exklusion (*die anderen*) werden schärfer gesehen. Konflikte homogenisieren die Wahrnehmung der eigenen und der anderen Seite eines Konfliktes, sie tendieren zu bipolarer Vereinfachung in der Wahrnehmung.

Die Lösung von Konflikten, immer zu verstehen als Lösung bestimmter und nicht aller Konflikte, kann in höchst unterschiedlicher Form erfolgen. Die Demokratie ist auch und vor allem als ein Ordnungssystem der Regulierung, der Lösung von Konflikten zu verstehen: in gewaltfreier Form und unter Berücksichtigung von Grundwerten, wie sie sich vor allem im Kanon universeller → Menschenrechte ausdrücken. Doch die Demokratie ist ein – historisch gesehen – relativ neues Muster der Konfliktlösung. Der Umgang mit und die Lösung von Konflikten in vordemokratischen Perioden ist ebenso Gegenstand der Konfliktforschung wie aktuelle Vergleiche: etwa die Untersuchung der Austragung von Konflikten in einem Einparteiensystem wie dem der Volksrepublik China mit der Konfliktaustragung in einem Mehrparteiensystem etwa Indiens.

Dass die Demokratie zwar eine, sich gegen Ende des 20. Jahrhunderts offenkundig immer stärker durchsetzende Form der Konfliktlösung im innergesellschaftlichen (innerstaatlichen) Rahmen ist, darf nicht übersehen lassen, dass in der Internationalen Politik – mangels eines Systems globaler Demokratie – andere Formen der Konfliktregulierung zu beobachten sind und andere theoretische Muster herangezogen werden müssen – etwa in Form der Gegenüberstellung von Multipolarität und Bipolarität.

Der zu beobachtende Trend, dass bestimmte Formen der Konfliktlösung (vor allem: Konfliktlösung durch offen ausgetragene →Gewalt, wie Kriege im zwischenstaatlichen oder totalitärer Terror im innerstaatlichen Bereich) immer mehr in den Hintergrund treten, darf aber wiederum nicht den Fehlschluss provozieren, die Konfliktintensität insgesamt sei im Abnehmen. Vor allem geht die Konfliktforschung davon aus, dass die Regulierung von Konflikten im Sinne eines Systems genereller Konfliktlösungen eine Ordnung braucht, zu der auch institutionell verankerte Autorität (etwa die von Parlamenten und Regierungen) gehört. Diese ist mit →Macht ausgestattet – Macht im Sinne der Fähigkeit, den eigenen, institutionell manifestierten Willen gegen Widerstreben durchsetzen zu können. Und dazu braucht es auch in den bekannten Systemen die Möglichkeit der Gewaltanwendung – etwa in Form des staatlichen Gewaltmonopols, auch einer Demokratie.

Das unvermeidliche Phänomen des Konfliktes ist also mit dem ebenso unverzichtbaren Phänomen der Macht verbunden. Die zentrale Fragestellung, wie sie in der Konfliktforschung gesehen wird, ist nicht die, ob Macht zur Konfliktlösung notwendig ist; sondern die, welche Macht erforderlich ist. Solange wir davon ausgehen, dass Konflikte zu Macht führen und Macht wiederum Konflikte nach sich zieht – und diese Ausgangslage wird durch keine beobachtbare Entwicklung in Frage gestellt –, wird es Konflikte geben, die auf verschiedenen, einander widersprechenden Interessen basieren und verschiedene, ebenfalls einander widersprechende Ideen hervorbringen. Das wiederum führt mit Notwendigkeit zu einem Ordnungssystem, das durch Autorität ausgezeichnet ist – einschließlich der Fähigkeit, Macht zur Konfliktregelung einsetzen zu können.

Hannah Arendt sieht das Politische als „ein Reich der Mittel“ (Arendt 2003: 77). Damit unterstreicht sie das Instrumentelle des Politischen, also die Macht. Politik ist auch als ein Instrumentarium zu verstehen, das Konflikte zu regeln, das Konflikte zu domestizieren hat. Konflikte sind jedenfalls der Politik vorgeordnet. Nicht diese schafft primär Konflikte – Konflikte erzeugen vielmehr Politik.

Der Begriff der Macht ist mit dem der Gewalt verbunden, aber nicht identisch. Nach der auf Johan Galtung zurückgehenden Begrifflichkeit ist zwischen personeller Gewalt, die direkt von Menschen gegen Menschen ausgeübt wird, und struktureller sowie kultureller Gewalt zu unterscheiden (Galtung 1996: 196ff). Die nicht personellen Formen der Gewalt bestehen in gesellschaftlichen

Verhältnissen, die das Potential menschlicher Entwicklungen verhindern. Dieser transpersonelle Gewaltbegriff führt zur Frage der sozialen Gerechtigkeit. Strukturelle und kulturelle Gewalt sind einerseits für die Konfliktforschung unverzichtbare Begriffe, weil sie bei der Suche nach und Analyse von Konfliktsachen wesentlich sind; andererseits besteht aber die Gefahr der analytischen Unschärfe.

Macht ist – nach Max Weber – die Fähigkeit, das eigene Interesse (den eigenen Willen) gegen widerstrebende Interessen durchsetzen zu können, gleichgültig, worauf diese Fähigkeit beruht. Zu dieser Fähigkeit gehört auch die Bereitschaft, personelle Gewalt einsetzen zu wollen. Im demokratischen Rechtsstaat äußert sich dies in der Durchsetzungsfähigkeit von Polizei und Justiz. Pierre Bourdieus bewusst weniger präzise definierter Machtbegriff, der auch Aspekte des Symbolischen und damit der Wahrnehmung mit einschließt, betont – keineswegs im Widerspruch zu Weber – den gesamtgesellschaftlichen, nicht bloß (im engeren Sinn) politischen Charakter von Macht.

Die Konfliktforschung schließt auch die Beschäftigung mit individuellen Konflikten mit ein. Der Bezug zur Psychologie und Psychoanalyse ist gegeben. Die Konfliktforschung neigt freilich dazu, in den Konflikten zwischen Einzelpersonen immer auch den gesellschaftlichen Hintergrund ausleuchten zu wollen, also die in Konflikte verstrickten Individuen auch als gesellschaftliche, als politische Personen zu sehen, die von sozialen Rahmenbedingungen (mit)bestimmt werden.

Die historisch-vergleichende Dimension der Konfliktforschung

Der Konflikt begleitet die gesellschaftliche Wirklichkeit in allen Perioden der Entwicklung. Deshalb wird die Konfliktforschung auch von einer mehr oder weniger deutlichen historischen, komparativen Dimension begleitet: Waren religiös motivierte Konflikte in Irland um die Mitte des 19. Jahrhunderts explosiver als solche Konflikte im Irland der Gegenwart? Hat der Konflikt zwischen den Großmächten in Europa in der Phase nach dem Westfälischen Frieden eine grundsätzlich andere oder eine weitgehend ähnliche Dimension gehabt wie die internationalen Konflikte nach dem Ende des Kalten Krieges? Wie äußert sich der Konflikt zwischen den →Geschlechtern politisch heute – im Vergleich mit der Phase des Kampfes um das Frauenstimmrecht?

Die komparative Dimension der Konfliktforschung bezieht sich auch auf den Vergleich der Intensität eines Konfliktes. Ein ethnischer Konflikt – etwa der zwischen Hutus und Tutsis in Ruanda und Burundi – hat im Laufe des 20. Jahrhunderts unterschiedliche Formen der Konfliktaustragung angenommen: zwischen Machtteilungsformeln im Sinne einer Konkordanzdemokratie bis hin zum Genozid (1994). Die Konfliktforschung hat sich mit den Erscheinungsformen dieses Konfliktes, mit den Ursachen des Wandels der Konfliktintensität und mit der Übertragbarkeit von Konfliktlösungsmustern (etwa: *amicabilis compositio*, d.h. *power sharing* nach Schweizer Muster) zu befassen.

Die historisch-vergleichende Dimension ist deshalb von Bedeutung, um ein letztlich unkritisches Amalgam in der Wahrnehmung von Konflikten zu vermeiden. Wenn Konflikt gleich Konflikt ist, dann wird der Blick auf die eben sehr verschiedenen Ursachen, die sehr verschiedenen Folgen und die ebenso sehr verschiedenen Lösungsmöglichkeiten verstellt. Wenn der Konflikt zwischen Sklaven und Herren zur Zeit des Römischen Reiches und des Spartakus-Aufstandes nicht von den gesetzlichen Regeln folgenden Arbeitskonflikten in liberalen Demokratien des ausgehenden 20. Jahrhunderts unterschieden wird, wird tendenziell soziale und politische Blindheit gefördert. Wenn die Gewaltanwendung der deutschen Opposition am 20. Juli 1944 – einer Opposition gegen ein totalitäres System – nicht prinzipiell von der Gewaltanwendung der *Roten Armee Fraktion* (RAF), einer „außerparlamentarischen Opposition“ gegen ein demokratisches Mehrparteiensystem, drei Jahrzehnte nach dem Ende der deutschen Diktatur unterschieden wird, geht die Unterscheidung zwischen Diktatur und Demokratie verloren. Der Vergleich ist ein unverzichtbares Instrument der Konfliktforschung. Ohne dieses führt die Konfliktforschung zu intellektuell flachen, wissenschaftlich unsauberen und insgesamt nichtssagenden Aussagen.

Muster der Konfliktlösung

Die Konfliktforschung geht von verschiedenen Grundmustern der Konfliktlösung aus, die wiederum von dem jeweiligen Charakter eines Konfliktes bestimmt werden. Eine grundlegende Unterscheidung ist die zwischen antagonistischen und nicht-antagonistischen Konflikten. Antagonistische Konflikte gleichen nicht nur einem Nullsummenspiel – d.h. die Vorteile, die eine Konfliktpartei aus einer Lösung zieht, findet ihre Entsprechung in den Nachtei-

len der anderen Konfliktpartei(en). Antagonistische Konflikte sind, über diesen Nullsummenspielcharakter hinaus, letztlich nur durch den Untergang, d.h. durch das Verschwinden einer Konfliktpartei lösbar.

In der Konfliktforschung im Bereich der Internationalen Politik kommt die Forderung nach der bedingungslosen Kapitulation (*unconditional surrender*) einer Seite einem antagonistischen Konflikt sehr nahe, weil eine solche Forderung einen Kompromiss ausschließt. In der marxistischen Konfliktterminologie sind Klassenkonflikte ihrem Wesen nach antagonistisch – sie enden, so das klassische marxistische Verständnis, mit dem Verschwinden einer Klasse, bzw. mit dem Aufgehen der Mitglieder der einen in der anderen (historisch siegreichen) → Klasse. Ein Konflikt mit Nullsummenspielcharakter, der seinem Wesen nach eindeutig nicht antagonistisch ist, ist der Parteienwettbewerb eines demokratischen Systems. Da die Quantität der zu gewinnenden Stimmen, bzw. der zu erreichenden Parlamentsmandate von vornherein beschränkt ist, ist das Ausmaß des Erfolges von Parteien immer deckungsgleich mit dem Ausmaß des Misserfolges anderer Parteien. Diese gehen jedoch mit ihrer Wahlniederlage nicht unter, sie bleiben trotzdem – etwa als Oppositionsparteien – AkteurInnen im Wettbewerb und damit im Konflikt. In der gesellschaftlichen Realität werden die meisten Konflikte nicht als antagonistisch wahrgenommen.

Die in der Konfliktforschung wahrscheinlich wichtigste typologische Unterscheidung ist die zwischen symmetrischen und asymmetrischen Konflikten. Symmetrische Konflikte sind solche zwischen AkteurInnen gleicher Natur (also etwa zwischen Staaten oder zwischen politischen Parteien) und zumindest annähernd gleicher Stärke. In der Internationalen Politik muss man davon ausgehen, dass asymmetrische Konflikte mit größerer Wahrscheinlichkeit gewaltsam ausgetragen werden, weil eine sich eindeutig stärkerühlende Partei weniger Anreiz zu einer Konfliktlösung auf dem Weg der Kompromissfindung hat als eine Konfliktpartei, die sich einem als gleich stark wahrgenommenen Konkurrenten gegenüber sieht. Diese Logik symmetrischer Konflikte war auch der Hintergrund des „Friedens durch Abschreckung“, der den Kalten Krieg der Jahrzehnte zwischen 1948 und 1989 bestimmte: Für beide Seiten (Westen – NATO, unter Führung der USA; Osten – Warschauer Pakt, unter Führung der Sowjetunion) waren die Nachteile eines Versuches, den Konflikt gewaltsam zu lösen, zu einseitig, als dass ein Krieg riskiert worden wäre.

Die Frage nach der Symmetrie setzt freilich voraus, dass die Indikatoren zur

Messung der Stärke der eigenen und der anderen Seite eindeutig und rational bestimmbar sind. Fehlkalküle sind die wichtigsten unmittelbaren Ursachen für den Ausbruch von Kriegen – wie zum Beispiel sowohl 1914 als auch 1939 zu beobachten war; und was etwa für den Krieg gilt, den der Irak 1980 gegen den Iran in der Annahme eines dann eben nicht gegebenen militärischen Vorteils begann. Symmetrie und eine allgemein vermittelbare Einsicht in eine solche Symmetrie, das heißt in ein nachvollziehbar gegebenes Gleichgewicht, ist zwar kein Mittel zur Konfliktlösung, sehr wohl aber ein Mittel zur Vermeidung von Konflikteskalation.

Asymmetrische Konflikte veranlassen jedenfalls die schwächere Seite, sich zu verstärken – sei es durch Rüstung, sei es (vor allem) durch die Suche nach Allianzen. In der Politik lässt sich das bei bestimmten Formen der Koalitionsbildung erkennen – etwa bei der Anlehnung Serbiens an Russland (1914) oder bei den „Stellvertreterkriegen“ zur Zeit des Ost-West-Konfliktes, als die USA den auch und wesentlich von islamistischen Kräften getragenen Widerstand gegen die militärische Intervention der UdSSR in Afghanistan unterstützten, aber auch, als die Volksrepublik China eine Verbesserung („Normalisierung“) ihrer Beziehungen mit den USA suchte, um im Konflikt mit der militärisch als übermächtig eingeschätzten UdSSR Stärke zu gewinnen. Das Muster „Der Feind meines Feindes ist mein Freund“ begleitet viele Konflikte als Ausdruck des Versuches, Symmetrie herzustellen.

Dem Ansatz von Arend Lijphart (1977) folgend, sind Kompromiss und Machtteilung Muster der Konfliktlösung. Das ist auch der Grundgedanke föderalistischer Konzeptionen: Die Herstellung unterschiedlicher Ebenen, auf denen unterschiedliche Interessen in unterschiedlicher Weise, aber insgesamt aufeinander abgestimmt, die Politik bestimmen. Die Gewährung von Autonomie an Regionen (Katalonien, Baskenland, Schottland, Nordirland, Südtirol) ist die konkrete Anwendung dieses Musters: Die Konfliktparteien erhalten bestimmte Anteile an der politisch definierten Macht – auf unterschiedlichen Ebenen.

Erforschung gesellschaftlicher Konflikte

Dass gesellschaftliche Konflikte gesellschaftliche Ursachen haben, ist eine Einsicht, die am Beginn der Konfliktforschung steht. Die zu beobachtenden Formationen von Konflikten – zwischen politischen Parteien, zwischen Regierung

und sozialen Bewegungen, zwischen den Verbänden des Kapitals und denen der Arbeit, zwischen Frauen und Männern, zwischen den Generationen, zwischen verschiedenen Religionsgemeinschaften und zwischen unterschiedlichen Ethnien, zwischen nationalen Mehrheiten und nationalen Minderheiten, aber auch zwischen Staaten und ihren Allianzen – müssen zunächst verstanden werden, bevor fundiert und seriös Empfehlungen über den Umgang mit diesen Konflikten abgegeben werden können.

Konzeptioneller Zugang: Cleavages

Der Begriff *Cleavage* – am besten übersetzt mit Konfliktlinie – wurde von Stein Rokkan und anderen um die Mitte des 20. Jahrhunderts zum Verständnis und zur Analyse gesellschaftlicher, insbesondere auch politischer Konflikte eingeführt. Der Grundgedanke, der hinter diesem Begriff steht, ist die auf Erfahrung basierende Einsicht, dass sich Konflikte quasi vorhersehbar entwickeln. Tektonischen Bebenlinien gleich, die eine Prognose über die Wahrscheinlichkeit von Erdbeben erlauben, lassen sich gesellschaftliche Bruch- und Konfliktlinien beobachten, die Aussagen über eine Latenz von Konflikten zulassen – und so das aktuell Werden dieser Konflikte vorhersehbar machen. Entlang dieser *cleavages* schlummern Konflikte, die ausbrechen können – ohne gesicherte Aussagen über den Zeitpunkt des Ausbrechens oder auch über die Intensität dieser Konflikte zuzulassen.

Konflikttypologie konkret: Klasse, Ethnizität, Religion, Gender, Generation

Die Konfliktforschung geht, auf der Grundlage der historischen und aktuellen Evidenz, von folgenden *cleavages* aus:

1. *Klasse*, die sich politisch vor allem in der Entstehung von Arbeiter- und auch Bauernparteien äußert und auch den industriellen Beziehungen (zwischen ArbeitgeberInnen und ArbeitnehmerInnen) zugrunde liegt – wobei der Begriff *Klasse* immer wieder auch von der Dichotomie Arbeit – Kapital losgelöst generell für divergierende sozio-ökonomische Interessen verstanden wird;
2. *Ethnizität*, die in Form nationaler Konflikte – oft auch in Form von Auseinandersetzungen ethnisch oder sprachlich definierter Mehrheit und Minderheit – besteht und in engem Zusammenhang mit von →Nationalismen begleiteten Auseinandersetzungen von Nationalstaaten zu sehen ist;

3. *Religion*, die – oft mit Ethnizität verbunden – sowohl Parteien als auch Bewegungen begründet, die oft gegeneinander, aber auch gegen eine sich säkular verstehende staatliche Ordnung steht;
4. → *Gender*, politisch artikuliert vor allem in Form der Frauenbewegung, aber erkennbar auch in den unterschiedlichen sozialen Rollen, kodifizierten oder praktizierten Normen und den damit verbundenen unterschiedlichen gesellschaftlichen Verhaltensmustern von Frauen und Männern;
5. *Generation* äußert sich in den unterschiedlichen, auch politisch artikulierten Verhaltensformen von Jüngeren und Älteren, hinter denen gegenläufige Interessen sichtbar sind.

Weitere Konfliktlinien, die von der Konfliktforschung systematisch zu betrachten sind, sind die regional definierten Gegensätze zwischen urbanen und ruralen Interessen, zwischen Zentrum und Peripherie. *Cleavages* erklären die Entstehung von Parteien und die Formierung von Parteiensystemen, begründen konkrete Auseinandersetzungen über die Verteilung von Ressourcen und sorgen – etwa in der Entwicklung transnationaler Parteifamilien (sichtbar etwa am Beispiel der Fraktionen im Europäischen Parlament) – für eine partielle Überwindung einer traditionell zunächst in einem einzigen politischen System (Staat) eingebetteten politischen Orientierung. Gerade die politische Konfliktforschung blickt zuerst auf die bereits erkennbaren oder die als latent zu vermutenden Konfliktlinien.

Alle diese Konfliktlinien werden zumeist mit einem ideologischen Überbau versehen, der oft ein Eigenleben führt und dazu neigt, sich von den zugrunde liegenden Konfliktlinien zu emanzipieren. Oft ist dann nicht mehr zu unterscheiden, was „Unterbau“ und was „Überbau“ ist. In Nordirland etwa vermengen sich Klassengegensätze und religiöse Konflikte in Verbindung mit gegenläufigen historischen Narrativen zu einem Konflikt, der sowohl als ethnisch-nationaler als auch als sozialer und als religiöser zu sehen ist. In den Systemen sowjetischen Typs war zu beobachten, dass die Terminologie des Klassenkampfes im Sinne der marxistisch-leninistischen Ideologie sich verselbständigte und mit der Realität der Gesellschaft, aber auch der Weltpolitik in keinem erkennbaren Kausalzusammenhang mehr stand.

Diese Konfliktlinien sind nicht nur „objektiv“, sondern auch „subjektiv“ zu sehen: Sie können gemessen werden – etwa in Form der empirischen Darstellung von vorhandenen Verteilungsungleichheiten; oder auch in Form der

Nachzeichnung der Konflikteexplosionen, die entlang dieser Konfliktlinien ausgebrochen sind. Die Wahrnehmung dieser Konfliktlinien wirkt aber auch als Katalysator, als Beschleuniger und Verstärker für den Übergang von Konflikten aus der Phase der Latenz in die der Aktualität. Es geht auch um die Wahrnehmung, um die Perzeption gesellschaftlicher Bruch- und Konfliktlinien. Die Konfliktforschung beschäftigt sich auch mit der Frage, warum schlummernde Konflikte gerade zu einem bestimmten Zeitpunkt ausbrechen; warum etwas, das „objektiv“ schon lange gegeben ist, in einem bestimmten historischen Moment zur politischen Explosion führt.

Hier kommt der Deutungshoheit eine besondere Position zu: Warum hat der Konflikt zwischen KatholikInnen und ProtestantInnen in den Niederlanden und der Schweiz im Laufe des 20. Jahrhunderts durch die Integration der katholischen und protestantischen Subgesellschaften („Säulen“) an politischer Mobilisierungskraft verloren, der in Nordirland hingegen nicht? Oder, wie dies Albrecht Koschorke ausdrückt: „...und plötzlich bekommt dieser Teppich [Das Gefüge der Gesellschaft, Anm. d. Autors] an bestimmten Stellen immer größere Risse. Warum gerade an diesen, warum nicht an anderen?“ (Koschorke 2009: 281). Wer die Deutungshoheit besitzt, kann auch Einfluss auf die Konfliktintensität nehmen. Wer die objektiv vorhandenen Konfliktlinien mit Autorität zu interpretieren vermag, bestimmt auch den Konflikt mit.

Arend Lijphart hat, mit dem Bezug vor allem zur Schweiz, den Begriff der *cross cutting cleavages* entwickelt: Das Überlappen bzw. Überkreuzen von Konfliktlinien. Wenn zum Beispiel die historisch für die Entwicklung der Schweiz entscheidenden Gegensätze – die zwischen den Religionen und die zwischen den Sprachgruppen – nicht parallel, sondern in gemischter Form existieren, erleichtert das die Stabilisierung von Gegensätzen: Katholische Schweizer können frankophon oder deutschsprachig sein, deutschsprachige Schweizer sind protestantisch oder katholisch. Die konfessionelle Konfliktlinie relativiert die sprachliche, die sprachliche wiederum die konfessionelle.

Diese einander überkreuzenden Identitäten bestimmen auch die *Intersektionalitätsdebatte*, die bei der Trias *race, class and gender* beginnt, aber darüber hinausführt und auf die gegebene Komplexität des Mix verschiedener Identitäten verweist. Die im Konzept der *cleavages* angelegte mögliche Vereinfachung dieser Komplexität in Richtung einer Dichotomie wird so verhindert, Konflikte werden nicht bipolar, sondern multipolar verstanden (Klinger 2008).

Die auf Ronald Ingleharts Forschungen (1997) aufbauende Theorie des Postmodernismus unterstreicht die Dynamik der Veränderung von *cleavages*: In den relativ wohlhabenden Gesellschaften des späten 20. und des frühen 21. Jahrhunderts ist zu beobachten, dass bei den jüngeren, besser gebildeten, sozial gut abgesicherten Menschen die traditionell „materialistische“ Wertorientierung (→Sicherheit, Wohlstand, Wachstum) in den Hintergrund tritt und eine „postmaterialistische“ Orientierung (Umweltschutz, Menschenrechte) deutlicher wird. In den gesellschaftlichen Sektoren, in denen individuelle soziale Absicherung als gegeben angenommen wird, verschiebt sich mit der Priorität der Werte auch die Konfliktorientierung.

Inwieweit sich die Krise in den Wohlstandszonen Westeuropas und Nordamerikas, die sich durch steigende (vor allem die Jugend treffende) Arbeitslosigkeit äußert, das Paradigma des Postmodernismus verändert, ist eine Herausforderung für die Konfliktforschung. Die diesem Paradigma zugrunde liegende Beobachtung betrifft Bildung und Wohlstand als Determinanten veränderter politischer Einstellungen. Wenn Bildung nicht mehr zu höherer individueller materieller Sicherheit führt, drohen die Voraussetzungen des Inglehart-Konzeptes verloren zu gehen.

Innergesellschaftliche Konflikte: Demokratietheorie

Die ersten Anfänge theoretischer Betrachtungen zur Demokratie gehen von einem Konflikt zwischen „dem Volk“ und den – in der Neuzeit – von Fürsten repräsentierten Eliten aus. Der erste in der historischen Entwicklung der Demokratie beobachtbare Konflikt war ein vertikaler – *unten* („das Volk“) gegen *oben*. Diese Konfliktlinie bestimmte auch die Revolutionen des 18. Jahrhunderts, die US-amerikanische und die französische: Der alles beherrschende Konflikt bezog sich auf den Sturz der Monarchien.

Mit dem Ende der Monarchien (v.a. USA, Frankreich) bzw. der politischen Entmachtung der konstitutionell und parlamentarisch eingebundenen Monarchen (Großbritannien, Belgien) war dieser vertikale Konflikt – zunächst – obsolet geworden. An seine Stelle rückte ein horizontaler Konflikt ins Zentrum der Demokratie – der zwischen Parteien; zwischen Tories und Whigs, Girondisten und Jakobinern, Konservativen und Liberalen und bald liberal-konservativen Bürgerlichen und Sozialisten. Die rasche Entwicklung der Demokratie

zum Parteienpluralismus und zum Mehrparteiensystem gab dieser Form des Konfliktes eine geradezu definitorische Bedeutung für die Demokratie: Joseph Schumpeter definierte um die Mitte des 20. Jahrhunderts den Wettbewerb zwischen den Parteien um die Stimmen der WählerInnen (also des Volkes) als das Wesensmerkmal, als den eigentlichen Kern der Demokratie.

Die Konfliktforschung muss sich auch mit der Konstruktion und Dekonstruktion des *demos* als des gedachten Souveräns demokratischer Ordnung fassen. Die politischen Entwicklungen des 19. und des 20. Jahrhunderts gingen von der Grundannahme eines homogenen „Volkes“ aus. Diese Grundannahme stand hinter der Einigung Italiens und der Deutschlands und war die Basis des Prinzips des „Rechtes auf Selbstbestimmung“, wie es – teilweise – die mit den Pariser Vorortverträgen verbundene Friedensordnung prägte. Die Einsicht in die unvermeidliche ethnische und soziale Inhomogenität moderner Staatlichkeit und die Erfahrungen mit den gegenläufigen nationalistischen Ansprüchen zerstören die Vorstellung, „das Volk“ sei eine letztlich klar definierbare Einheit. Benedict Anderson mit seinem Begriff der Nation als *gedachte Gemeinschaft* (2006) hat einen quasi natürlichen Begriff von Volk dekonstruiert. Robert Dahl (1989) und Rainer Bauböck (1994) haben, auch im Zusammenhang mit dem Phänomen der Migration, den traditionell nur zu oft mit Geburt und Herkunft konnotierten Begriff vom „Volk“ durch den Begriff von *citizenship* ersetzt: Die Grundlage demokratischer Ordnung ist nicht ein als gegeben fingiertes „Volk“, sondern die Summe aller Menschen, die in einer Gemeinschaft leben, deren Pflichten unterworfen sind und deshalb Zugang zu allen Rechten dieser Gemeinschaft haben müssen.

Die Demokratie kann nicht als das konfliktfreie Paradies gesehen werden, in dem nach der Niederringung der →Herrschaft der Tyrannen verschiedenster Prägung eine natürliche Harmonie garantiert ist. Die Demokratie ist weder der „Krieg aller gegen alle“, wie Thomas Hobbes den Naturzustand sah, noch eine von Widersprüchen befreite Lebensform, in der jede und jeder – wie Marx die klassenlose, die kommunistische Gesellschaft heraufdämmern sah – frei und nach seinen (ihren) Bedürfnissen zu leben vermag.

Demokratie ist nicht Konfliktüberwindung, Demokratie ist Konfliktdomestizierung – ideengeschichtlich zwischen Hobbes und Marx angesiedelt. Im Hintergrund steht, dass die Demokratie – wie sie sich am Beginn des 21. Jahrhunderts präsentiert – an der Realität der Knappheit der (vor allem, aber nicht nur)

materiellen Güter nichts zu ändern vermag; dass daher auch die Demokratie mit einander widersprechenden Interessen konfrontiert ist – zwischen reich und arm, alt und jung, weiblich und männlich, religiös und areligiös, ökonomisch und ökologisch – und anderen. Die Vielschichtigkeit dieser Konflikte äußert sich vor allem im demokratischen Mehrparteiensystem, aber auch im Aufeinanderprallen von Interessensgruppen wie Arbeitgeberverbänden und Gewerkschaften.

Der Konflikt ist in der Demokratie nicht nur existent, er macht Demokratie überhaupt erst möglich. Erst der sich in einem Vielparteiensystem artikulierende Konflikt um politisch legitime Macht eröffnet den WählerInnen die Möglichkeit, die Frage der Machtverteilung in freier Wahl zu entscheiden. Für die Demokratie ist der Konflikt kein notwendiges Übel, sondern eine Existenzvoraussetzung. Die Entwicklung der neuzeitlichen Demokratie, die eng mit den Erfolgen der bürgerlichen Revolutionen verbunden ist, hat unterschiedliche Formen der Umsetzung politischer Konflikte in demokratisch legitime Machtverteilung entwickelt.

Die damit verbundene Typologie der Demokratie kann auf zwei Ebenen verdeutlicht werden: Der auf dem amerikanischen Kontinent (dem Modell der USA folgend) dominante Präzidentalismus verteilt Macht – als Resultat von einander unterschiedener Wahlvorgänge – auf eine Legislative, dem Parlament, und auf eine Exekutive, den Präsidenten. Diese beiden „Gewalten“ stehen einander unabhängig gegenüber. Dennoch erfordert die Notwendigkeit, Entscheidungen zu treffen, die Kooperation dieser „Gewalten“ in Form der *checks and balances*. In Europa dominiert hingegen das parlamentarische System, das die Bestellung der Exekutive von den Mehrheitsverhältnissen des direkt gewählten Parlaments abhängig macht. Dadurch tritt die Idee der Gewaltentrennung in den Hintergrund, weil Parlamentsmehrheit und Exekutive politisch aneinander gebunden sind.

Eine weitere Differenzierung ist die zwischen einer dem britischen Vorbild entsprechenden *Westminster Demokratie*, die der demokratisch bestellten Mehrheit ein Maximum an Gestaltungsmöglichkeit einräumt, begrenzt durch die Notwendigkeit einer nächsten Wahl und die → Kontrolle von Opposition und Öffentlichkeit, und einer Konkordanz- oder Konsensdemokratie. Diese baut auf dem Gedanken der Machtteilung (*power sharing*) zwischen allen relevanten Interessen und Parteien auf und relativiert damit die Bedeutung von Mehrheit

und Minderheit. Diese Form der Domestizierung von Konflikten kann am besten in der Schweiz und der für sie typischen Form von Großer Koalition und regelmäßigen Plebisziten beobachtet werden.

Konflikte in der Internationalen Politik

Die international in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts entwickelte Friedensforschung stellt den Konflikt in das Zentrum ihrer Betrachtung. Das gilt sowohl für die *realistische* Friedensforschung, die vor allem bestehende, den Frieden bedrohende Konflikte beschreiben und analysieren will, als auch für die *kritische* Friedensforschung, die auf die Überwindung der gesellschaftlichen Ursachen von Unfrieden abstellt. Die in dieser Gegenüberstellung zum Ausdruck kommende Differenz der Friedensbegriffe – der *positive* Friede (definiert als Fehlen von Kriegsvoraussetzungen), der im Zentrum der kritischen Friedensforschung steht, und der *negative* Friede (definiert als Abwesenheit von Krieg), mit dem sich vor allem die realistische Friedensforschung befasst – drückt keine Dichotomie aus, sondern einander ergänzende unterschiedliche Schwerpunktsetzungen.

Gerade in der Friedensforschung sind die bereits erwähnten Begriffe Symmetrie und Asymmetrie von wesentlicher Bedeutung: Die Frage, unter welchen Voraussetzungen Symmetrie in der Internationalen Politik hergestellt werden kann, um den negativen Frieden zu wahren und Kriege zu vermeiden, ist eine der Schlüsselfragen der Friedensforschung.

Die Erforschung internationaler Konflikte ist zunehmend der Herausforderung gegenübergestellt, dass die traditionellen Annahmen internationaler Politik, es ginge vor allem um zwischenstaatliche Konflikte, immer weniger der Wirklichkeit entsprechen. Nicht-staatliche AkteurInnen bestimmen immer mehr die →Internationale Politik – etwa multinationale Konzerne oder transnationale Terrorgruppen. Dadurch wird die Suche nach Symmetrie erschwert, weil nicht nur die unterschiedliche Quantität (z.B. militärisches Potential), sondern auch die unterschiedliche Qualität (z.B. das Interesse an und die Fähigkeit zu Kompromissen) zu berücksichtigen sind.

Das freilich eher vage Konzept von *global governance* beschäftigt sich mit einer Besonderheit internationaler Konflikte – mit der Abwesenheit einer zentralen Autorität. Während Konflikte zwischen Klassen und Religionen, zwischen Generation und den Geschlechtern, zwischen Ethnizitäten und Sprachgrup-

pen – solange diese innerhalb eines Staatsverbandes stattfinden – mit dem Gewaltmonopol eines Staates konfrontiert sind, der ja auch (nach traditionellem Staatsverständnis) letzte (souveräne) Instanz bei der Entscheidung über Konflikte und damit der Lösung eben dieser ist, fehlt ein Äquivalent im transnationalen Bereich. Es gibt nicht ein transstaatliches *government*, eine quasi-staatliche Autorität, die über den Staaten steht. Deshalb die Suche nach *governance*, die ansatzweise und partiell dieses Vakuum füllen könnte.

Diese Voraussetzungen erfüllen die → Vereinten Nationen nicht, weil das – potentiell – supranationale Organ der UN, der Sicherheitsrat, Beschlüsse nicht gegen den Willen eines seiner fünf ständigen Mitglieder fassen kann. Die Voraussetzungen erfüllt die Europäische Union teilweise, weil sie durch Mehrheitsentscheidungen im EU-Rat und im Europäischen Parlament in vielen Bereichen eine supranationale Qualität aufweist. Allerdings ist die EU eben nur eine – partiell – supranationale *governance* mit Bezug auf ihr Innenverhältnis, sie kann also nur als Versuchslabor für *global governance* angesehen werden.

Das in der internationalen Staatenordnung prinzipiell verankerte „Right to Protect“ verkörpert den Anspruch auf *globale governance*. Dieser Anspruch besteht darin, dass bei elementaren Verstößen gegen Menschenrechte (etwa bei Genoziden) die Staatengemeinschaft berechtigt ist, auch unter Verletzung des Prinzips des Nicht-Eingriffs in nationalstaatliche Souveränität zu agieren. Allerdings sind die bisherigen Erfahrungen widersprüchlich – vom Eingreifen der NATO im Kosovo, 1999, das ohne Legitimierung durch den UN-Sicherheitsrat erfolgte, bis zum NATO-Eingreifen in Libyen, 2011, das mit einer Überdehnung eines UN-Mandats verbunden war. Auch die von den Vereinten Nationen eingesetzten Gerichtshöfe zur Durchführung von Kriegsverbrecherprozessen drücken diesen Anspruch aus.

Resümee

Konfliktforschung ist ein Überbegriff, der wesentliche Aspekte aller Sozialwissenschaften erfasst. Konfliktforschung beansprucht somit eine Querschnittskompetenz, die den verschiedenen sozialwissenschaftlichen Teildisziplinen immanent ist. Die Konfliktforschung ist – mehr noch als Sozialwissenschaften generell – vor die Aufgabe gestellt, eine vielfache Balance zu suchen und zu sichern:

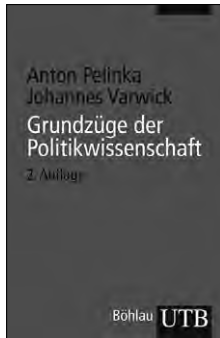
1. zwischen einem empirisch-analytischen Zugang, der Konflikte so erfassen will, wie sie sind, und einem normativen Zugang, der auf die Lösung von Konflikten zielt;
2. zwischen der Erwartung, die Konfliktforschung könnte Konfliktplosionen vermeiden helfen, und dem vorsichtigen Hinweis, Konfliktforschung könnte Politik beraten, nicht aber Politik ersetzen;
3. zwischen einem generalistischen Verständnis, das die Konfliktforschung zur Summe aller Sozialwissenschaften zu machen tendiert, und einem spezifischen einengenden Verständnis, das die Bereiche der Konfliktforschung eng abgrenzen will.

Die Suche nach einer vielschichtigen Balance wird für eine sich unvermeidlich interdisziplinär verstehende Konfliktforschung immer weitergehen müssen.

Literatur

- Anderson, Benedict (2006): *Imagined Communities. Reflections on the Origin and Spread of Nationalism*. London. Originalausgabe: 1983.
- Arendt, Hannah (2003): *Was ist Politik?* München. Originalausgabe: 1950.
- Bauböck, Rainer (1994): *Transnational Citizenship. Membership and Rights in International Migration*. Cheltenham.
- Bourdieu, Pierre (2010): *Politik*. Konstanz.
- Coser, Lewis A. (1972): *Theorie sozialer Konflikte*. Neuwied.
- Dahl, Robert A. (1989): *Democracy and Its Critics*. New Haven.
- Galtung, Johan (1996): *Peace by Peaceful Means. Peace and Conflict, Development and Civilization*. London.
- Inglehart, Ronald (1997): *Modernization and Postmodernization. Cultural, Economic and Political Change in 43 Societies*. Princeton.
- Klinger, Cornelia (2008): *Überkreuzende Identitäten – Ineinandergreifende Strukturen*. In: Klinger, Cornelia/Knapp, Gudrun-Axeli (Hg.): *Überkreuzungen. Fremdheit, Ungleichheit, Differenz*. Münster. S. 38–67.
- Koschorke, Albrecht (2009): *Wie werden Spannungen Differenzen?* In: Fassmann, Heinz/Müller-Funk, Wolfgang/Uhl, Heidemarie (Hg.): *Kulturen der Differenz – Transformationsprozesse in Zentraleuropa nach 1989. Transdisziplinäre Perspektiven*. Wien. S. 271–286.
- Lijphart, Arend (1977): *Democracy in Plural Societies. A Comparative Exploration*. New Haven.

- Lipset, Seymour Martin (1980): *Political Man. The Social Bases of Politics*. Baltimore.
- Rokkan, Stein (2000): *Staat, Nation und Demokratie in Europa*. Hg. von Flora, Peter. Berlin.
- Schumpeter, Joseph (1942): *Capitalism, Socialism and Democracy*. New York.
- Weber, Max (1964): *Wirtschaft und Gesellschaft*. Köln. Originaltext: 1921.
- Taylor, Charles (2007): *A Secular Age*. Cambridge.



ANTON PELINKA, JOHANNES VARWICK
GRUNDZÜGE DER
POLITIKWISSENSCHAFT

Das völlig neu bearbeitete und aktualisierte Lehrbuch von Anton Pelinka und Johannes Varwick führt in das Fach Politikwissenschaft ein. Es bietet einen Überblick über die verschiedenen Zugänge zur Politikwissenschaft und Teilbereiche des Faches.

Die großen Abschnitte darin sind:

- Politikwissenschaft und Politik
- Merkmale politischer Systeme
- Politische Prozesse
- Internationale Politik
- Politische Theorie- und Ideengeschichte

Der Band „Grundzüge der Politikwissenschaft“ baut auf einer langjährigen Erfahrung in der universitären und außeruniversitären Lehre auf, ist klar und gut verständlich verfasst, sodass alle an Politik Interessierten dieses Buch als Lehrbuch nutzen können.

2., ÜBERARBEITETE UND ERGÄNZTE AUFLAGE
2010. 252 S. BR. 19 TAB. 120 X 185 MM.
ISBN 978-3-8252-2613-8



ANTON PELINKA
DIE UNHEILIGE ALLIANZ
DIE RECHTEN UND DIE LINKEN
EXTREMISTEN GEGEN EUROPA

Die Geschichte der europäischen Integration ist voll von Beispielen dafür, dass rechte und linke Extremisten in nicht abgesprochener Allianz die Vertiefung Europas zu verhindern versuchten – nur zu oft mit Erfolg. Das Scheitern der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft 1954 und des Europäischen Verfassungsvertrages 2005 sind prominente Beispiele dafür. Ausgehend von dieser Evidenz zeigt das Buch, dass die auf den ersten Blick überraschende, gegen die EU gerichtete Frontstellung kein Zufall ist: Vom Kriegspatriotismus des Jahres 1914 über einen auf der extremen Linken als Antizionismus getarnten Antisemitismus bis hin zur Ablehnung der Ergebnisoffenheit der liberalen Demokratie reicht die Kette der Gemeinsamkeiten, die rechten und linken Extremismus verbinden.

2015. CA. 195 S. GB. 170 X 240 MM | ISBN 978-3-205-79574-2



BERTRAND MICHAEL BUCHMANN
WELTPOLITIK SEIT 1945
(BÖHLAU STUDIENBÜCHER (BSB))

Die Beschäftigung mit der unmittelbar zurückliegenden Vergangenheit erlaubt uns, die Gegenwart zu verstehen und uns in der Vielfalt des Geschehens zu orientieren. Analog zur Explosion der Weltbevölkerung, die sich in dieser kurzen Zeitspanne mehr als verdoppelt hat, entwickelte sich die Weltpolitik in atemberaubendem Tempo. Die Ost-West-Konfrontation verursachte Kriege und Krisen auch in den entlegensten Teilen der Erde, die Entkolonialisierung machte die Welt kaum friedlicher, und die jüngsten Revolutionen in der arabischen Welt weisen in eine ungewisse Zukunft. Während die in den letzten Jahrzehnten reich gewordenen Staaten des Westens den Weg von der Moderne zur Postmoderne beschreiten und nachdem der Kommunismus als Utopie entlarvt worden war, wuchsen aus den Tiefen Asiens neue Wirtschaftsgiganten, die mit Nachdruck in die vorderste Reihe der Weltmächte drängen. Diese Vorgänge erklärend darzustellen ist die Aufgabe des vorliegenden Buches.

2014. 288 S. 10 KARTEN. BR. 150 X 210 MM | ISBN 978-3-205-79530-8



Dieses Handbuch beleuchtet die drei Felder *Konflikt-, Friedens- und Demokratieforschung* sowie ihre interdisziplinären Gemeinsamkeiten in Theorie, Konzept und Methodik. Es soll Lehrenden, Studierenden und allen Interessierten Orientierung bieten sowie tiefgehende Analysen und Debatten anstoßen und zu einer weiteren Vernetzung der Forschungsbereiche führen.

Beiträge von Helga Amesberger, Blanka Bellak, Karin Bischof, Gertraud Diendorfer, Gert Dressel, Wolfgang Göderle, Wilfried Graf, Katharina Heimerl, Bernadette Knauder, Matthias Kopp, Maximilian Lakitsch, Karin Liebhart, Anton Pelinka, Susanne Reitmair-Juárez, Thomas Roithner, Dieter Segert, Karin Stögner, Johanna Urban, Werner Wintersteiner.

